

Positionspapier der CDU–Bürgerschaftsfraktion zur Kulturpolitik für das Land Bremen

Übersicht:

1. Unser Ausgangspunkt: Kultur schützen — Kultur fördern
2. Unser Leitbild: Kultur—Stadt—Staat
3. Unsere Aufgabe: Perspektiven schaffen
4. Unsere Herausforderung: Kulturelle Bildung
5. Unser Ziel: Kultur bündelt Kräfte

Präambel

Seinen unverwechselbaren Charakter gewinnt Bremen maßgeblich durch seinen kulturellen Reichtum, der sich aus vielfältigen Initiativen speist und ein weites Spektrum von der Hochkultur bis zur freien Szene umfasst. Es gilt, diese kulturelle Vielfalt zu schätzen, zu bewahren, zu fördern und weiterzuentwickeln, um die kulturelle Qualität zu sichern, ihr zu überregionaler Strahlkraft zu verhelfen und möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern eine Teilhabe daran zu ermöglichen. Kultur kommt eine gesamtgesellschaftliche Funktion zu: Sie befördert Kreativität und Fortschritt, sie schafft Attraktivität und Lebensqualität, sie bedeutet Zulassen von Vielfalt und ist Aufforderung zu Toleranz. Kultur ist zugkräftiger Motor für die Entwicklung unserer Städte und unseres Landes, Kultur begeistert und Kultur ist Ausdruck und damit Botschafter Bremischen Selbstbewusstseins. Dazu brauchen Künstler und Kulturschaffende Freiräume. Kulturförderung ist deshalb auch staatliche Aufgabe, deren Wahrnehmung Bremen als Haushaltsnotlageland und vor dem Hintergrund der Anforderungen aus den Vereinbarungen der Föderalismuskommission II vor besondere Herausforderungen stellt. Kulturförderung ist vor allem aber auch eine die Ressorts übergreifende Aufgabe des gesamten Senats.

1. Unser Ausgangspunkt: Kultur schützen — Kultur fördern

[1] „Der Staat schützt und fördert das kulturelle Leben.“ Dieser Satz in Artikel 11 unserer Landesverfassung ist der **kulturpolitische Grundsatz**, dem wir uns verpflichtet fühlen. Den formulierten Anspruch auch in Zukunft einzulösen und mit Leben zu erfüllen, ist unser Auftrag. Mit dieser kulturpolitischen Positionsbestimmung wollen wir als CDU in der Bremischen Bürgerschaft unseren Beitrag dazu leisten.

[2] Wir wollen mit diesem Positionspapier nicht kleinteilige Lösungen für die Probleme des kulturpolitischen Alltags aufzeigen. Wir wollen eine **kulturpolitische Vision formulieren**, wie das kulturelle Leben in Bremen mittel- und langfristig erhalten werden kann. Wir wollen damit alle an Kunst und Kultur Beteiligten ansprechen und erhoffen uns eine breite gesellschaftliche und politische Diskussion.

[3] Wir tun dies, weil wir der Überzeugung sind, dass der Senat nicht gewillt ist, die anstehenden Herausforderungen anzunehmen. Er bringt insbesondere nicht die notwendige Tatkraft auf, **kulturpolitisch neue Wege aufzuzeigen** und zu beschreiten. Wir erleben, dass der Senat den eigenen Stillstand verwaltet. Wir müssen die Chancen, die sich bieten, tatkräftig nutzen.

[4] Auch wenn der Senat verspricht, dass alles bleibt, wie es schon immer war, ist diese Wahrnehmung falsch: Die Verteilungskämpfe werden zunehmen, weil die finanziellen Spielräume immer enger werden. Wir wollen deshalb eine Diskussion über **kulturpolitische Perspektiven** in beiden Städten und im Land eröffnen. Unser Leitgedanke ist dabei: Kultur bündelt Kräfte.

2. Unser Leitbild: Kultur—Stadt—Staat

Kulturpolitische Leitsätze

[5] Aufgabe bremischer Kulturpolitik ist die **Förderung von Kunst und Kultur**. Künstler und Kultureinrichtungen brauchen für ihre Arbeit Freiräume. Eine wesentliche Grundlage dieser Freiräume ist eine finanzielle Förderung. Finanzielle Kulturförderung muss dabei breit aufgestellt sein. Der Staat allein kann dies nicht leisten: Auch Wirtschaft und Privatpersonen sind gefragt. Der ehrenamtliche Einsatz ist eine wichtige Form indirekter Kulturförderung, die besondere Wertschätzung verdient, darf aber dabei nicht zum Ersatz institutioneller Förderung zweckentfremdet werden. Das Ehrenamt in der Kultur ist eine aktive Form kultureller Teilhabe und bindet Interessierte an die Einrichtungen, in denen sie engagiert sind.

[6] Die Wünsche für finanzielle Kulturförderung der öffentlichen Hand sind stets größer als die tatsächlich gegebenen Möglichkeiten. Dies gilt für Bremen als Haushaltsnotlage-land in besonderer Weise. Wir brauchen deshalb **Transparenz in der Kulturförderung**. Klare Regeln und Vergabekriterien bei Antragstellung und Bewilligung sind dafür wichtig. Für die institutionelle Förderung ist wichtig, dass nicht nur öffentlichkeits- und besucherwirksame Sonderausstellungen, sondern auch das Bewahren und Vermitteln unseres kulturellen Erbes zur Aufgabe zahlreicher Einrichtungen gehören.

[7] Öffentliche Kulturfinanzierung braucht **Akzeptanz**. Kulturinstitutionen und Kulturschaffende sind deshalb – gleichsam als „Gegenleistung“ für die staatliche Kulturfinanzierung – zur Wirtschaftlichkeit im Umgang mit den bewilligten Mitteln verpflichtet. Bedeutung und Nutzen des Kulturmanagements werden in diesem Zusammenhang leider immer noch unterschätzt. Dabei geht es nicht um eine „Ökonomisierung der Kultur“, sondern um ein „Mehr an Kunst und Kultur“ im Rahmen der vorhandenen Budgets.

Perspektivwechsel: Kultur—Stadt—Staat

[8] **Kultur stiftet Identität**. Kultur und Kulturpolitik sind deshalb in erster Linie kommunal verortet. Auch im Zwei-Städte-Staat Bremen sind die Stadtgemeinden wesentliche kulturpolitische Akteure. Wir dürfen unsere beiden Kommunen aber nicht mit kulturpolitischen Lasten überfordern, wenn wir sehen, dass kommunale Kulturfinanzierung an Grenzen stößt. Dann ist es unserer Meinung nach erforderlich, dass das Land sich bekennt und seinen kulturpolitischen Anspruch klar benennt.

[9] Unsere Wahrnehmung ist: Kulturpolitik kann sich nachhaltig über „Leuchttürme“ legitimieren, die Strahlkraft für das ganze Land entfalten. Die CDU sieht in einem Perspektivwechsel eine Chance: Wir müssen die Nähe unserer beiden Stadtgemeinden zum Land nutzen und in bestimmten Bereichen **Kultur als Landesaufgabe** definieren, damit wir zukunftsträchtige Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen, die die kommunale Kulturpolitik nicht hat. Wir sind überzeugt: Mit einem solchen Perspektivwechsel können wir zahlreiche unverzichtbare Kultureinrichtungen stark machen und langfristig absichern.

[10] Für die CDU wird eine ausfinanzierte Einrichtung ihrer kulturellen Aufgabe besser gerecht als eine, deren Handlungsspielraum durch ein zu knapp bemessenes Budget faktisch weggespart worden ist. Wir wollen Kulturpolitik gestalten, statt den Mangel zu verwalten. Wir wollen einen „Mehrwert“ durch eine bessere Auslastung der Kultureinrichtungen generieren: Wir wollen **„Mehr Kultur zu gleichen Kosten“**. Das bedeutet: Das Vorhandene soll noch mehr genutzt, besucht und damit wertgeschätzt werden.

3. Unsere Aufgabe: Perspektiven schaffen

Perspektive: Kulturfördergesetz

[11] Kultur braucht zur Entfaltung eine feste Grundlage. Die CDU fordert deshalb in Ausgestaltung von Artikel 11 Absatz 3 der Bremischen Landesverfassung, in dem es heißt: „Der Staat schützt und fördert das kulturelle Leben“, die Verabschiedung eines **„Bremischen Kulturfördergesetzes“** als gesetzliche Grundlage für die Förderung und Entwicklung von Kunst und Kultur im Lande Bremen. Das Kulturfördergesetz soll Leitlinien, Grundsätze und Aufgaben der Kulturförderung formulieren, Förderformen und Schwerpunkte definieren und die entsprechenden Verantwortlichkeiten festlegen.

Perspektive: Kultur- und Kreativwirtschaft

[12] Die Kultur ist einer der Imageträger des Landes. Kulturelle Botschafter bestimmen die Außenwahrnehmung Bremens neben den Häfen und der Wissenschaft maßgeblich. Eindrucksvoll belegt wird die kulturelle Strahlkraft Bremens durch die hohe Bedeutung des Kulturtourismus. Das Fundament dafür sind zweifelsohne die Kultureinrichtungen und ihre Arbeit. Gleichwohl gilt: Nur wer sichtbar ist, wird auch wahrgenommen. Die CDU fordert deshalb, die **Kultur innerhalb des Gesamtmarketings zu stärken**. Kulturmarketing ist eine einzelne Ressorts übergreifende Landesaufgabe und bedarf insbesondere einer Bündelung der zerstreuten Marketingmittel und einer engen Zusammenarbeit der Kommunen.

[13] Die Kultur ist aber nicht nur für den Kulturtourismus und als Standortfaktor für das Land Bremen von Bedeutung. Insbesondere die **Kulturwirtschaft** ist Teil des Strukturwandels und Motor für Innovation und Kreativität. Damit die Kulturwirtschaft in ihrer Entwicklung nachhaltig unterstützt wird, fordert die CDU, in den Kulturwirtschaftsberichten konkrete Handlungsempfehlungen mit einem Zeit-/Maßnahmenplan aufzuzeigen und der Bremischen Bürgerschaft zu berichten.

Perspektive: Kulturkontrakte

[14] Die CDU setzt sich dafür ein, **Kulturkontrakte** zum Grundinstrument institutioneller Förderung durch Stadtgemeinden und Land zu machen. Dabei sollen diese nicht nur einen finanziellen Rahmen festschreiben, sondern im Sinne einer Ziel- und Leistungsvereinbarung Rechte und Pflichten umreißen. Wir treten im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten im Interesse der Einrichtungen für eine zweijährige Laufzeit ein.

[15] Kontrakte sind dazu geeignet, **Planungssicherheit und Verlässlichkeit** zu schaffen, und sollen eine öffentliche Doppelförderung konkurrierender Angebote verhindern. Die Kontrakte sollen für die Einrichtungen Erleichterung durch Klarheit bringen und nicht die Lasten des Kulturmanagements vergrößern. Bei der Vereinbarung ist zu berücksichtigen,

dass die gewählte Form keine Umsatzsteuerpflicht auslöst. Vor allem aber sollen die Kontrakte den Einrichtungen neue Freiräume in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben eröffnen.

Perspektive: Bremische Projektförderung

[16] Die „**freie Kulturszene**“ und die durch Einzelförderung ermöglichten Projekte sind gleichsam die kulturelle „Forschungs- und Entwicklungsabteilung“: Wir brauchen diese innovativen Kristallisationsorte wie die Luft zum Atmen. Die Fördersummen sind meist gering und der öffentliche Anteil ergänzt schon heute in der Regel den zu bereits aufgebrauchten Eigenmitteln noch fehlenden „Rest“.

[17] Wir schlagen deshalb vor, die aus zahlreichen und verschiedenen Töpfen gespeiste Projektförderung nach dem **Prinzip der „Matching Funds“** auf eine neue Grundlage zu stellen. Die CDU verspricht sich davon mehr Transparenz und weniger Bürokratie in der Kulturförderung. Künftig sollen sich institutionelle und projektbezogene Förderung mit Bremischen Mitteln ausschließen. Dabei ist darauf zu achten, dass bisherige Projektförderung nicht in höhere institutionelle Zuschüsse umgewandelt und Projektmittel nicht für die Wahrnehmung von Regelaufgaben wahrgenommen werden.

[18] Orientiert an der Größe der Einrichtung und der Höhe der Vorleistung sollen die Kommunen private Gelder aus einem solchen „**Ergänzungstopf**“ bezuschussen können. Je kleiner die Einrichtung und je niedriger die Summe, desto höher der anteilige Förderzuschuss: Drei Stufen (im Verhältnis Privat/Staat von 1:1, 2:1 und 3:1) lassen eine flexible Förderung zu. Eine Höchstgrenze wird dabei ebenso erforderlich sein wie einige wenige dafür aber klare Förderkriterien. Die künstlerische Qualität soll durch unabhängige Fachjürys sichergestellt werden.

[19] Die CDU spricht sich zudem für die Einrichtung eines eigenen „Innovationstopfes“ für Kleinstförderung aus, bei dem Wiederbewerbungen zulässig sind.

[20] Für die Akquise von Projektmitteln Dritter brauchen Kultureinrichtungen professionelle Unterstützung. Die CDU fordert deshalb die Einrichtung einer verantwortlichen **Anlaufstelle** im Kulturressort, die die Aufgabe hat, als zentraler Ansprechpartner Dienstleister für eine kompetente Förderberatung zu sein. Über die Arbeit dieser Anlaufstelle sollte der Kulturdeputation regelmäßig berichtet werden.

Perspektive: Leuchtturm bildender Kunst

[21] Im Bereich der bildenden Kunst ist die vom Kunstverein in Bremen getragene Kunsthalle Bremen eine außerordentlich profilierte und weit über Bremen hinaus bekannte und anerkannte Einrichtung, die ein hohes Ansehen bei Besuchern und in der Fachwelt genießt. Der Erfolg der Kunsthalle ist dabei auch durch ihren Sonderstatus wesentlich ermöglicht. Die **Erweiterung der Kunsthalle**, die jetzt erfolgt, ist unverzichtbar und ein wesentlicher Baustein ihrer langfristigen Entwicklung.

[22] Für die mit dem Anbau verbundenen höheren Betriebskosten braucht die Kunsthalle einen entsprechend angepassten Zuschuss. Die CDU spricht sich deshalb dafür eine entsprechende Vereinbarung zwischen Kulturbehörde und Kunstverein aus. Dieses Beispiel zeigt: Wenn sich Bremen engagiert, muss dieses Engagement gerade im Bereich institutioneller **Kulturförderung nachhaltig** und gut überlegt sein, damit der Nutzen für die Einrichtung selbst sowie für Stadt und Land dauerhaft und leistbar sind.

4. Unsere Herausforderung: Kulturelle Bildung

[23] Wer die kulturelle Bildung stärken will, der muss **Zugänge eröffnen**. Wir wollen uns dabei auf drei Schwerpunkte konzentrieren: Wir wollen Kulturinstitutionen öffnen, die Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen mit den Schulen verstärken und neue Wege der Kulturvermittlung gehen. Teilhabe an Kultur ist nicht allein eine Frage des Geldes, sondern vor allem ein Frage der Grundhaltung.

Kulturelle Bildung von Anfang an

[24] Wer nicht mit Kultur konfrontiert wird, wird sich auch nicht mit Kultur beschäftigen. Wer Kultur nicht in Kindheit und Jugend kennengelernt hat, wird Berührungängste im Erwachsenenalter behalten. Für die CDU hat der Leitgedanke „**Kulturelle Bildung von Anfang an**“ zentrale Bedeutung: Wir müssen Kinder und Jugendliche früh für alle Formen des kulturellen Lebens begeistern, denn sie sind die Kulturschaffenden und Kulturkonsumenten von morgen.

[25] Die Schule ist für die CDU deshalb der **Ausgangspunkt „kulturellen Lernens“** und bietet große Chancen „kultureller Sozialisation“. Die Ganztagschule bietet dabei zusätzliche Möglichkeiten. Grundsätzlich sollte jedes Kind mit der Schule ins Museum, ins Theater, ins Konzert und in die Oper gehen. Wir fordern deshalb, Kunst und Kultur in seinen verschiedenen Ausdrucksformen im Unterricht zu stärken und regelmäßig Kultureinrichtungen als außerschulischen Lernorte einzubeziehen, damit sich Schule für Kunst und Kultur öffnet.

[26] Dazu bedarf es eines Zugangs für möglichst alle: Wir befürworten in diesem Zusammenhang, **Kindern und Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr an einem Werktag der Woche freien Eintritt** in alle institutionell geförderten Kultureinrichtungen zu gewähren. Die besuchten Kultureinrichtungen erhalten für jeden nachgewiesenen Besuch einen Ausgleich für den entgangenen Eintritt aus einem Landesfonds, der sich aus den bestehenden Budgets bei Bildung, Kultur und Jugend speist.

Bibliotheken als kulturelle Orte

[27] Bibliotheken sind Bildungsorte und schaffen eine Möglichkeit der Teilhabe. Wenn Bibliotheken heute ihre zentrale und gesellschaftliche Aufgabe erfüllen sollen, nämlich ungehinderten Zugang zu Information, Bildung und Kultur zu ermöglichen, dann müssen sich die Öffnungszeiten den Lebensumständen der Nutzer anpassen. Es ist nicht vermittelbar, dass Museen selbstverständlich am Sonntag geöffnet haben, Bibliotheken aber nicht. Die CDU befürwortet die **Sonntagsöffnung der Stadtbibliotheken** und setzt sich deshalb für eine entsprechende gesetzliche Änderung ein.

Jedem Kind ein Instrument

[28] Der Musikstandort Bremen ist mit den Bremer Philharmonikern, der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, dem Musikfest Bremen und der Hochschule für Künste profiliert und sehr gut aufgestellt. Die CDU richtet deshalb auch im Bereich der Musik ihr Augenmerk auf die Kinder: Wir fordern den schrittweisen Aufbau des Projektes „**Jedem Kind ein Instrument**“ im Land Bremen, damit jedes Kind in der Grundschule die Möglichkeit erhält, ein Instrument zu lernen. Entscheidend ist dabei, dass das Projekt finanziell und inhaltlich nachhaltig aufgebaut wird und Anschlussperspektiven eröffnet werden.

[29] Das Projekt hat das Ziel, Kindern einen möglichst **frühen und einfachen Zugang** zur Musik und zum Musizieren (instrumental oder vokal) zu eröffnen, und soll die Neugierde der Kinder an der Musik als universelle Sprache der Menschheit wecken. Musizieren fördert die Bildung der Persönlichkeit und die Teamfähigkeit. Jedes Kind soll im Rahmen des Projekts unentgeltlich ein Instrument zur Verfügung gestellt bekommen. In der 1. und 2. Klasse soll an der Grundschule jeweils eine zusätzliche Stunde Musikunterricht erteilt werden. In der 3. und 4. Klasse sollen Kleingruppen- und Einzelunterricht in Kooperation mit den Musikschulen und mit angemessenen Elternbeiträgen folgen.

[30] Die CDU möchte sich nachhaltig engagieren und hat das Ziel, dass das Projekt in Bremischer Tradition auf zwei Säulen stehen soll. Wir streben dabei eine **Aufgabenteilung** an: Private übernehmen durch bürgerschaftliches Engagement die Bereitstellung der Instrumente und der Staat übernimmt den Unterricht. Das Projekt soll sich dynamisch ausweiten und aufwachsen, bis alle Grundschulklassen einbezogen sind. Mit dem Projekt lässt sich auch ein Ausbau des Freiwilligen sozialen Jahres für Kultur (FSJK) verbinden: Von einem solchen Einsatz könnten beide Seiten erheblich profitieren.

5. Unser Ziel: Kultur bündelt Kräfte

[31] Unser Ziel ist es, dass Kunst und Kultur ihre Kräfte bündeln und sich angesichts der Bremischen Finanzlage **selbst wetterfest machen**. Wir wollen deshalb erläutern, wie sich der dargelegte Perspektivwechsel und die damit verbundene Aufgabenwahrnehmung durch das Land an konkreten Beispielen umsetzen lassen.

Kultur bündelt Kräfte: Machbarkeitsstudie „Neugründung Landestheater Bremen“

[32] Hohe Zuschussbedarfe städtischer Theater sorgen in Zeiten knapper werdender Budgets immer wieder für Probleme und sind letztlich Ausdruck einer strukturellen Unterfinanzierung. Hier gilt in besonderem Maße: zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel. Wenn das Theater Bremens aber eine überregionale Rolle in Nordwestdeutschland spielen soll, dann muss es auch eine entsprechende **künstlerische Strahlkraft** entwickeln und darf sich nicht hinter Musterspielplänen verstecken, die von Spartenleitern verantwortet werden. Im Gegenteil: Theater in Bremen braucht eine innovative und integrierende Intendanz.

[33] Die CDU befürwortet deshalb zur langfristigen Absicherung der Theaterversorgung im Lande Bremen und zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs in allen Sparten die Erstellung einer **Machbarkeitsstudie zur Neugründung eines Landestheaters**. Die CDU verspricht sich von einer Bündelung der eingesetzten Ressourcen, dass ein Landestheater eine im positiven Sinne kritische Größe erreichen kann, die das bestehende Dilemma zwischen kulturellem Anspruch und finanziellen Möglichkeiten weitgehend im Sinne einer Orientierung an den großen Häusern auflöst: Wir wollen Bundes- und nicht Regionalliga.

[34] Die Machbarkeitsstudie soll von einer Kommission externer Kulturfachleute erstellt werden und ein Konzept zur Neugründung entwickeln, das nicht von den bisher stets gescheiterten Versuchen der Zusammenführung oder Zusammenarbeit von Theatern ausgeht, sondern ein an den Zielgruppen orientiertes und in den Stadtgemeinden verankertes Landestheater als etwas **vollkommen Neues entstehen** lässt.

Kultur bündelt Kräfte: Kulturelles Leben vor Ort

[35] Das kulturelle Leben in den Stadtteilen wird durch die **Bürgerhäuser in der Stadtgemeinde Bremen** wesentlich mit gestaltet. Dafür erhalten die Bürgerhäuser staatliche Förderung in erheblichem Umfang durch den Kultursenator. Die CDU befürwortet eine Förderung durch die öffentliche Hand als Anerkennung der dort geleisteten kulturellen Stadtteilarbeit. Die CDU setzt sich gleichwohl für die Schaffung einer Dachstruktur in Form eines gemeinsamen Trägervereins ein, der als zentrale Stelle Ansprechpartner für die Kulturbehörde sein soll und für alle Bürgerhäuser neben einer Programmkoordination die Wahrnehmung zentraler Servicefunktionen wie Marketing, Ticketing, Personalwesen, Verwaltung, Drittmittelakquise und Raumvergabe leisten soll.

Kultur bündelt Kräfte: Volkshochschule stärken

[36] Was die Theater betrifft, kann auch für andere Einrichtungen eine Perspektive sein: Auch wenn wir die **Volkshochschule (VHS)** als zentrale Einrichtung der Fort- und Weiterbildung aus der Ressortverantwortung des Senators für Kultur in die Verantwortung des Senators für Bildung und Wissenschaft geben wollen, sollte mit einer Machbarkeitsstudie eine Neustrukturierung der VHS geprüft werden. Wir sind der Auffassung, dass wir mit *einer* Volkshochschule, die ihr Angebot an *zwei* zentralen Standorten in Bremen und Bremerhaven anbietet, die vorhandenen Ressourcen besser nutzen können. Die CDU befürwortet zudem eine inhaltliche Konzentration der Arbeit und eine thematische **Schwerpunktsetzung** im Veranstaltungsangebot auf die Bereiche politische Bildung, Grundbildung, Integrationskurse, Sprachen, berufliche Fortbildung und EDV.

Beschlossen am 10. Mai 2010

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion:

Carl Kau MdBB, Kulturpolitischer Sprecher

Dr. Iris Spieß MdBB, Kulturdeputierte

Elisabeth Motschmann MdBB, Kulturdeputierte

Claas Rohmeyer MdBB, Kulturdeputierter